

Annoncen-
Annahme-Bureau
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 16.)
bei C. H. Ullrich & Co.
Breitestraße 14.
In Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei L. Streisand,
in Breslau bei Emil Habach.

Karonsen-
Annahme-Bureau
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien
bei G. L. Danck & Co.,
Haasenstein & Vogler, —
Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidenpark.“

Posener Zeitung.

Neunundsechzigster Jahrgang.

Nr. 197.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Sonnabend, 18. März
(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die schrägespaltenen Zeile oder deren Raum, Stellen verhältnismäßig höher, finden die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1876.

Amtliches.

Berlin, 17. März. Der König hat dem Geh. Reg. Rath und Professor Dr. Neumann an der Universität zu Königsberg den Stern zum Königl. K. Ord. 2 Klasse verliehen.

Der Kaiser und König hat im Namen des deutschen Reichs den Kaufmann Friederich August Erdmann in Samarang und den Kaufmann Henry Müller in Paramaribo zu Konsuln des deutschen Reichs ernannt.

Der Kaiser hat im Namen des deutschen Reichs den Friedensrichter Friederich Theodor Caspers in Münster zum Rath bei dem Landgerichte in Colmar ernannt.

Der Alerhöchste Genehmigung ist der Propst zu St. Petri, Ober Konfessorial-Offizier Dr. theol. Freiherr von der Goltz zum ord. Honorar-Prof. bei der theolog. Fakultät der hiesigen Universität ernannt, die höch. Privatdozenten Stadtkirche Rath Dr. Rabo und Dr. Franz Brätorius sind zu auferord. Profess. in der jur. bzw. phil. Fakultät der Universität hier selbst ernannt, an dem evang. Schullehrer-Seminar zu Preuß. Friedland der Lehrer Eduard Müller als ord. Seminar- und Musiklehrer angestellt worden.

Vom Landtage.

29. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 17. März, 11 Uhr. Am Ministerische Camphausen, Falck, Achenbach, Friedenthal, Ministerialdirektor Greiff, Geh. Rathenken, Dahrenstädt, Hoffmann u. A.

Das Haus steht die Berathung des Kultus-Etats fort. Zu Artikel 127, Titel 5 (Zuschüsse für die Elementar-lehrer Wittwenkassen) wünscht Abg. Kröpp eine Modifizierung des Gesetzes vom 26. Dezember 1869 dahin, daß die unverheiratheten Lehrer von der Beitragspflicht für diesen Zweck ausgeschlossen würden.

Der Regierungskommissar erwidert, daß dies nicht möglich sei, da sonst das ganze Prinzip, auf dem das so überaus wohltägliche Gesetz beruhe, umgestoßen werden müsse.

Die Position wird bewilligt.

Bei den einmaligen und außerordentlichen Ausgaben sind in Titel 25 zur Errichtung eines Gitters zum Abschluß des botanischen Gartens in Bonn 21.000 Mark ausgesetzt.

Abg. Franssen wünscht Abbilste der gesundheitsgefährdeten Lebels, welche durch die Besumpfung des bonner Schloßteiches

wegenwärtig herbeigeführt werden.

Der Regierungskommissar erwidert, daß seit längerer Zeit Verhandlungen über die Befüllung dieses Teiches im Gange sind,

die aber noch nicht zum Abschluß geführt werden können, da längstige Verhandlungen hierbei zu berücksichtigen sind.

Abg. v. Sybel bestreitet die Notwendigkeit der Befüllung des Teiches, da die gerügteten Lebels durch die widerrechtliche Überleitung des Absuds der benachbarten Brauerei in den Teich bewirkt worden seien.

Die Position wird genehmigt.

Zu Tit. 28 (Anlauf einer Baustelle für das in Danzig zu errichtende Gymnasium und zur ersten Einrichung desselben) berichtet Nameis der Budget-Kommission Abgeordneter Wehrenpennig über die Petition von Momber und Ge-

Dr. Wehrenpennig, Bürger zu Danzig, um Richtbewilligung der Kosten für Gym-

nasialgebäuden, wenn dieselben auf dem jetzt in Aussicht genommenen Blase errichtet werden sollen.

Die Petenten führen aus, daß von den 17.000 Familien Danzigs 10.000 ostwärts von der Langasse wohnen, westwärts dagegen und jenseits der Motzau, wo das neue Gymnasium erbaut werden soll, nur 2000; es sei daher die Wahl dieses Bauplatzes in keiner Weise gerechtfertigt. In Folge dieser Petition hat die Regierung Veranlassung genommen, einen Bericht des Oberbürgermeister von Danzig, sowie des Oberpräsidenten der Provinz einzufordern. Dieselben sprechen sich je nach mit Einschließlich für die Zweckmäßigkeit der Wahl des Blases aus, da in der Altstadt nicht für ein Gymnasium, sondern nur für eine höhere Bürgerschule ein Bedürfnis vorhanden sei, deren Errichtung bereits in Aussicht genommen sei. Da der gesammelte Magistrat und die Stadtverordneten sich diese Ausführungen durchweg angehlossen haben, so beantragt die Kommission über die Petition zur Tagesordnung überzugehen. Der Antrag wird vom Hause angenommen.

Zu Tit. 38 (Bau von Seminargebäuden) fragt Abg. Schmidt (Sagan), warum in dem diezjährigen Etat noch keine Summe für ein Seminargebäude zu Sagan ausgeworfen ist, dessen Errichtung ein anerkanntes Verürftnis sei.

Der Regierungskommissar Geh. Rath Beinert erwidert, daß wegen Verzögerung der Ausarbeitung des Bauplans die Anweisung der ersten Rate für das betreffende Gebäude erst im nächsten Etat geschehen könne.

Die Position wird genehmigt.

Zu Titel 78 (Vorarbeiten für ein Projekt zur Bebauung des nördlichen Theils der Museumssinsel zu Berlin, 20.000 Mark bewillkt).

Abg. Wehrenpennig, daß die Budgetkommission mit der Bewilligung dieser Summe eineinhalb ein Präjekt für die Bewilligung des künftigen definitiven Planes selbst habe schaffen wollen, daß das Haus vielmehr völlig freie Hand habe, über das künftige Projekt zu entscheiden.

Die Position wird bewilligt.

Zu Titel 80 (Bau eines Dienstgebäudes für das Geodätische Institut 1 Rate 90.000 Mark) beantragt die Budgetkommission, unter Bewilligung der verlangten Summe, in der Überschrift statt „Dienstgebäude“ zu setzen „Gebäude.“

Abg. Schmidt (Stettin) will zwar die geforderte Bausumme für das geodätische Institut bewilligen, stellt aber zur Erwähnung, ob dasselbe nicht durch eine neue Organisation wesentlich als Zentral-Institut für die europäische Gradmessung arbeiten, dagegen für Preußen die astronomischen Funktionen der Sternwarte und die Gradmessung an den Generalstab überwiesen werden möge. In den europäischen Hauptstaaten giebt es kein geodätisches Institut, sondern die einschlägigen Arbeiten werden von den genannten Organen ausgeführt.

Die trigonometrische Abteilung des Generalstabes gewährt bei den vorhandenen wissenschaftlich und technisch geschulten Kräften die Garantie, daß sie nicht bloss die Lösung praktischer Aufgaben zu übernehmen, sondern auch noch der für die europäische Gradmessung vorgeschriebene Methode, wie ihre bisherige Thätigkeit beweist, der neuen Aufgaben vollständig gewachsen sein würde. Eine Behörde — die trigonometrische Abteilung des Generalstabes — würde die die trigonometrische Abteilung des Generalstabes — würde die

aufgabe als Zentralbüro der trigonometrischen Abteilung zu leiten, zu sammeln, zu arbeiten, vollständiger genügen können.

Regierungskommissarius Oppert erklärt sich gegen die Veränderung, da auch in Frankreich eine besondere Behörde für die Gradmessung besteht.

Der Antrag der Budgetkommission wird hierauf vom Hanse angenommen, desgleichen die Resolution, die Regierung aufzufordern: Bei der Aufstellung der Bauanträge zugleich die Kosten der inneren Einrichtung und Ausstattung veranlassen zu lassen und dem Landtage bei der Forderung der ersten Rate den festgestellten Gesamtanschlag vorzulegen.

Außerdem beantragt die Budgetkommission: die Regierung aufzufordern, eine den Staatsinteressen entsprechende Beschleunigung der großen Staatsbauten, welche der Verwaltung des Kultusministeriums angehören, herzuführen und zu dem Ende in dem Kultusministerium die nötigen bautechnischen Kräfte anzustellen.

Referent Abg. Birchow: Es wird Ihnen aus früheren Verhandlungen bekannt sein, daß seit einer Reihe von Jahren die gewöhnlichsten Anforderungen für die Entwicklung der Anstalten so zurückgedrängt waren, daß es sich beinahe um Einrichtungen von jolchem Umfang handelte, als ob man ganz neue Universitäten einrichtete. Vermöglich ist es die Universitäten Kiel und Halle, welche auf das Neuerste vernachlässigt waren. In Kiel ist bisher durch freiwillige Sammlungen und einen Zufluss der Regierung eine nicht unbedeutliche Summe aufgebracht worden. In Halle ist aber gar nichts und in Kiel seit dieser Zeit auch nichts weiter geschehen, als daß man mit dem Bau des eigentlichen Universitätsgebäudes begonnen hat, während es noch im Zweifel liegt, ob die übrigen Institute in irgend einer der vorgeschlagenen ähnlichen Form errichtet werden können. Im gegenwärtigen Etat ferner finden wir im Extraordinarium und unter Königspflege die Mittelung, daß im Etat p. o 1874 die erste Rate zum Neubau für das physiologische Institut bewilligt worden ist, dagegen über die Feststellung des Kostenanschlags noch Verhandlungen schwelen. Dieser Bau ist nun einer von jenen, bei denen in Bezug auf die Sparanleihe der Veranschlagung das Neuerste geleistet worden ist; denn ich glaube, daß für das dasselbe Institut in Berlin und Bonn eine viel höhere Summe verlangt werden wird. Aber nichts weniger hat man die Sache liegen lassen und die Pläne nicht weiter gefördert. Noch schlimmer stehen die Verhältnisse in Halle. Hier handelt es sich darum, beinahe alles neu zu bauen. Die Regierung hat sich zwar zu diesem Zwecke in den Besitz eines großen Grundstücks gesetzt, um einen beträchtlichen Theil der Bauten zu nehmen. Auch wurden auf dem Etat des Jahres 1874 bedeutende Geldsummen sowohl zum Anlauf des Grundstückes, als auch für die Vorarbeiten für die geburshilfliche und chirurgische Klinik, für die Anatomie und Bibliothek ausgesetzt. Es wurde ferner auch von der Regierung ein Baumeister zur Vorbereitung dieser Projekte nach Sachsen eingestellt, der zu dieser Zeit von der Universität Projekte der oben erwähnten Anstalten vorgelegt werden konnten. Die Projekte wurden auf Veranlassung der technischen Baukommission im Handelsministerium mehrere Male für unbrauchbar erklärt und neu ausgearbeitet. Es war ein langes Planmachen. Nicht weniger als drei Pläne für die Anatomie wurden in Halle gemacht und in Berlin vorgeworfen, ebenso viele in Berlin gemacht und in Halle für unannehmbar erklärt. (Heiterkeit) So ist es gefehlt, daß von dem großen Anlauf, den man im Jahre 1873 nahm, nichts anderes hervorgegangen ist, als der Bau einer Halle für die permanente Aufstellung landwirtschaftlicher Maschinen. Da man in solchen Dingen auch sagen kann: vox populi, vox dei, so will ich dem Hause einen kleinen poetischen Beweis meiner Nutzteilungen vortragen, in dem Verse eines Gedichtes, das bei einem neulichen Kommers in Halle gesungen worden ist, und die Situation, wie sie in Wahrheit ist, kurz und treffend darstellt. Der Vers lautet:

„Hier ist der Baurath ist vorhanden,
Pläne malt er viel, jedoch
Unterdessen will es scheinen,
Ja bemühen alten Steinen
Bleiben wir wohl lange noch.
Doch der Bauplan muß von dannen
Zum zweiteten Mal schon ziehen,
Und man singt ihm Scheideleider;
Denn sobald kommt er nicht wieder,
Denn er geht ja nach Berlin.“

(Große Heiterkeit) In Kiel sind die Verhältnisse ganz ähnlicher Art. Es handelt sich da um Bauten, welche außer dem eigentlichen Universitätsgebäude das chemische Laboratorium, das zoologische Museum, das pathologische Institut, die Anatomie, die Bibliothek, den botanischen Garten, das physikalische Institut und noch allerlei Terrainarbeiten betreffen. Bei allen diesen Gebäuden schwelen die Verhandlungen noch, und einzig und allein das Universitätsgebäude ist in Angriff genommen. Die Schulde dieser heillosen Verzögerung liegt in erster Reihe an der Häufung der Prüfungs-Instanzen. Hier muß durchaus eine Reformation der Verwaltung im Sinne der Vereinfachung stattfinden, wenn nicht die hochwichtigsten Kulturinteressen des Landes in der empfindlichsten Weise letzen sollen. (Sehr wahr! links.) Da diesem Sinne bitte ich das Hause dringend, die Resolution anzunehmen.

Regierungskommissar Geheimrat Nerk weiß darauf hin, daß in den letzten Jahren eine große Reihe von Bauten ausgeführt und in Bezug auf andere die Verhandlungen soweit gediehen seien, daß dadurch der von der Kommission gestellte Antrag als erledigt zu betrachten sei.

Regierungskommissar Geheimrat Giersberg betont, daß so oft an den genannten Instituten ein neuer Direktor angestellt werde, derselbe auch einen neuen Wunsch in Bezug auf den Bauplatz habe und ein neues Programm aufstelle, so daß der Vorwurf der Verzögerung durchaus nicht die Regierung trifft.

Abg. Hammacher findet den ganzen Fehler der Frage darin, daß die Regierung so häufig Summen für Bauten fordere, über die sie noch keine Kostenanschläge gemacht, und die das Haus bewilligt,

ohne nähere Untersuchung der Sache. Handelsminister Dr. Ahnenbach: Auch ich muß darauf hinweisen, daß vom Jahre 1872 an eine große Menge Ansätze gemacht und Bauten ausgeführt sind, daß es aber nicht möglich war, allen in früheren Jahren vernachlässigen und jetzt gleichzeitig anstreitenden Bedürfnissen Genüge zu thun. Bei der früheren günstigen Finanzlage hat die Regierung viele Forderungen gemacht, ob die genauen Pläne vorzuzeigen, und die Ausführung konnte natürlich nicht so rasch folgen; aber ich glaube, daß sich die betreffenden Chefs mit ihren Forderungen den Dank des Landes erworben haben, denn bei der jetzigen Lage würde es kaum möglich sein, mit denselben hervorzutreten, während wir so einem fait accompli gegenüberstehen. Im Übrigen kann ich dem Antrage, wie er von der Budgetkommission gestellt ist, nur zustimmen und dessen Annahme empfehlen.

Die Resolution wird hierauf angenommen.

Endlich beschließt das Hause auf Antrag des Referenten Dr. Birchow, über eine Petition des Kreisphysikus Dr. Wiener, mit Rücksicht auf die Erklärung der königlichen Staatsregierung, daß durch das Gesetz vom 28. Juni 1875 in Verbindung mit der zur Ausführung des § 18 des Reichsbeamtengeuges vom 31. März 1873 ergangene kaiserliche Verordnung vom 21. Juni 1875 die Möglichkeit eröffnet sei, die Reisekosten und Tagesspeise der Kreismedizinalbeamten im Wege königlicher Verordnung auf die für die Staatsbeamten überhaupt geltenden Sätze zu erhöhen, und daß in dieser Richtung zur Zeit zwischen den beteiligten Ministerien verhandelt werde und die baldige Regulirung der Angelegenheit in Aussicht stehe — zur Tagesspeisung überzugehen.

Hiermit ist die zweite Berathung des Kultusrats erledigt.

Es folgt der der Budgetkommission zur Vorberathung überwiesene Theil des Etats für das Handelsministerium.

Hierzu liegt folgender Antrag der Budgetkommission vor: Die Regierung aufzufordern: 1) Die Bauakademie durch Erweiterung des Lehrplans und entsprechende Heranziehung von Lehrkräften den Zwecken und Zielen einer Hochschule gemäß zu entwickeln. 2) Da der in dem gegenwärtigen Gebäude der Bauakademie zu beschaffende Raum für eine solche Hochschule unzureichend ist und auch das auf dem Terrain der Werderschen Mühlen projektierte Filialgebäude keine genügend und zweckentsprechende Ergänzung bieten kann a. den Neubau auf dem Terrain der Werderschen Mühlen einzustufen; b. dem gegenwärtigen in Betreff der Unterrichtsräume in der Bauakademie bereitstehenden Platzstande durch mithilfe Beschleunigung abzuheben; c. den Landtage in der nächsten Session Vorschläge zu einem Neubau an geeigneter Stelle zu machen. 3) Dabei die Frage einer sachverständigen Prüfung zu unterziehen, ob bei der inneren Verbindung der verschiedenen Zweige des höheren technischen Studiums es sich nicht empfiehlt, nach dem Beispiel aller übrigen deutschen Staaten die Bauakademie mit der Gewerbeakademie (eventuell auch mit der Bergakademie) zu einer einzigen, wenn auch in besonderen Abtheilungen geänderten technischen Hochschule zu vereinigen und dieselbe einer kollegial geordneten Leitung zu unterstellen. 4) In Erwägung zu ziehen, wie die Vorbereidungen für die Aufnahme von Studirenden in die technischen Hochschulen des Staates unter Zulassung der erforderlichen Lebengangsfrist gleichmäßiger zu gestalten sind. 5) Für eine einheitliche Leitung sämtlicher zu dem Ministerium des Handelsministeriums gehöriger technischer Lehranstalten Sorge zu tragen. 6) Tit. 52 der eimaligen und außerordentlichen Ausgaben statt: „Zum Neubau eines Gebäudes für die Gewerbe-Akademie in Berlin, 2. Rate 150.000 Mark“ zu lesen: „Zur Befreiung der Kosten der Prüfung und Vorbereitung eines Projektes für eine technische Hochschule 150.000 Mark“ und unter dieser Überschrift die Summe zu bewilligen.

Abg. Dr. Wehrenpennig: Sie haben der Budgetkommission sowohl die ordinären wie die außerordentlichen Ausgaben für die Bauakademie, Gewerbeakademie und der beiden anderen polytechnischen Institute in Preußen überwiesen und haben damit jedenfalls andeuten wollen, daß die Kommission die Frage der höheren polytechnischen Schulen im Ganzen vorbereiten solle. Dies hat sie gethan und legt ihnen nun Vorschläge vor, welche darauf hinauslaufen, bei der heutigen Lage der Sache noch einmal halt zu machen und zu erwägen, nach welcher Idee und welchem Prinzip wir fortsetzen müssen. Ich bemerke hierbei gleich von vornherein, daß, wenn wir die Abstellung von Platzständen fordern, die besonders in kräftr. Weise an der Bauakademie bestehen, diese Bemerkungen ihre Spitze nicht gegen den Kultusminister richten und keine persönliche Polemik enthalten. Der Herr Handelsminister hat ja die Schäden schon in ihrer Entwicklung vorgefunden und hat sich bemüht, die Verhältnisse zu ändern, aber freilich die Wurzeln der Schäden sind bisher nicht berührt, und diese zu erkennen und ein neues Fundament zu gewinnen, ist der Zweck unserer Anträge. Im Jahre 1874 wurde der Regierung für den Ausbau der Bauakademie, deren Raum absolut nicht mehrzureichend war, auf ihre Forderung hin eine Summe von 60.000 Thlr. bewilligt; diese Summe wurde bei wirklich stattfindendem Bau in den Sommerferien 1875 um das Doppelte überschritten, denn es wurden 140.000 Thlr. verausgabt. Es ist dies eine Illustration zu den mancherlei Klagen, die in Bezug auf unsere Bauweise schon früher geschildert sind. Wenn man uns bemerkt, daß der Kostenanschlag nicht im Voraus mit Sicherheit aufgestellt werden konnte, so sage ich, daß es wohl selten einen Umbau gegeben hat, bei dem so genau die Kosten vorausberechnet werden konnten, wie bei diesem, selbst die eventuellen Nacharbeiten, die Steigerung der Arbeitelöhne, weil die Fundamente dieses Baues schon bekannt waren, und daß eine solche Überschreitung nur stattfinnen konnte, weil der Betreffende, der zuerst den Antrag gemacht hat, sich die Dinge überhaupt nicht gehörig angesehen hatte. Ich glaube, wir hätten hier alle Veranlassung, zu den strengen Grundsätzen des alten Preußen zurückzukehren, wie sie zur Zeit des absoluten Staats gehabt wurden, und wie sie sich in einer Ordre König Friedrich Wilhelms III. vom 9. Okt. 1834 finden, wo der König seinen Entschluß fundiert, den Unzug mit den Anschlägen und deren Überschreitungen nicht dulden zu wollen. Was nun den Umbau anlangt, so will ich nicht auf seine Details eingehen; jedenfalls ist auch in dieser jetzigen umgebauten Gestalt die Bauakademie nicht im Stande, die nötigen Räume zu gewähren für die entwickelten Lehrwerke, die wir von ihr fordern. Nun hat man die Aufmerksamkeit auf einen projektierten Filialbau auf dem Grundstück der Werderschen Mühlen gelenkt, für welchen wir bisher 160.000 Mark bewilligt haben. Die Budgetkommission hält es für unmöglich, mit diesem Baue vorzugehen, denn eintheils würde er zu ungeheurem Summen verschlingen und andertheils nicht genügen, z. B. würde es nicht möglich sein, die Karten und Modelle für die einzelnen Vorlesungen von der Bauakademie nach diesem 150 Meter entfernten Gebäude zu schaffen, besonders nicht bei schlechtem Wetter. Man scheint überhaupt das Projekt fallen gelassen zu haben, so daß ich nicht weiter darauf eingehen. Nun kommt aber wieder die Frage der Bauakademie. Obne ein folges. Filialgebäude. Die heutige Bauakademie ist keine Hochschule, sondern eine Schule, sie hat keine Vorlesungen, sondern Unterricht, wie etwa für Sekunda und Prima. Sie hat keine Doppelkurse, keine Parallel-Vorlesungen; die wichtigste Vorlesung, die Elemente des Wasser-, Brücken- und Eisenbahnbau, werden in drei Stunden 2 Semester lang betrieben; Privaldozenten gibt es überhaupt nicht, denn ein freies Vorlesen ist nicht vorhanden. Wollen Sie eine Entwicklung dieses Instituts nach andern Grundsätzen, so ist es nicht mehr möglich, daß das alte Schinkelsche Quadrat von 45 Metern in Länge und Tiefe ausreicht. Eine Aenderung ist aber nötig, denn es ist nicht ferner durchführbar, daß 800 Techniker durch 9 Lehrer

waltungsbeamten und wissenschaftlichen Lehrern maß schlechterdings aufgegeben werden, weil es direkt dem wissenschaftlichen Untericht widerspricht. Auf die Räume für wissenschaftliche Sammlungen, physikalische Kabinette &c. will ich nicht weiter eingehen, ich will nur anführen, daß die polytechnischen Institute zu München, Aachen und Dresden einen doppelten und dreifachen Raum einnehmen, als die Berliner Bauakademie. Wenn man nun das Schmale Gebäude verlassen muß, so würde man vielleicht mehr Räume finden, wie z. B. die alte Münze und das Werdersche Gymnasium, aber dies kann auf die Dauer der Zeit nichts nützen; es wird sich also darum handeln, einen Neubau herzustellen. Nun haben wir aber außer der Bauakademie noch ein neues Gebäude für die Gewerbeakademie herzustellen, und da kam die Kommission auf den Gedanken, ob es nicht besser sei, aus wirtschaftlichen und finanziellen Rücksichten, beide Akademien zu kombinieren. Es gibt zwischen diesen verschiedenen Hochschulen eine innere Gemeinsamkeit, eine große Zahl von wissenschaftlichen Zweigen, welche allen polytechnischen Schulen gemeinsam sind und eine Summe von Vorlesungen, für welche die gleichen Kräfte wirken können. Soll diese Gemeinsamkeit äußerlich möglich gemacht werden, sollen Vortheile, die daraus erwachsen, wissenschaftlich und finanziell erreicht werden, so können solche Anstalten nicht in einer weiten Entfernung von einander liegen. Dies ist aber mit der Bauakademie und der Gewerbeakademie der Fall. An dieser einfachen geographischen Thatsache scheiterte bisher jeder Zusammenhang dieser Anstalten und jede innere Verbindung im Organismus. Vergessen wir nicht, daß nicht bloß die Lehrer, sondern auch die Bibliothek, die Sammlungen, die Apparate aller Art wesentlich gemeinsam sind und daß wir überall lauter Doublette schaffen müssen, wenn wir nicht auf die Vereinigung hinarbeiten. Für unseren Antrag sollte kein Minister wärmer eintreten, als gerade der Finanzminister; denn es liegt auf der Hand, daß durch diese Vereinigung ganz gewaltige Summen erspart werden. (Sehr richtig.) Der Hauptgrund, weshalb diese technischen Anstalten bisher zurücklieben, war der Umstand, daß ihre oberste Leitung keine einheitliche war. Diese Anstalt war von der Gewerbeabteilung im Handelsministerium, die andere von der Bau-Abteilung, die dritte von der Berg-Abteilung abhängig. Wir wollen, daß alle diese Anstalten eine und dieselbe zentralisierte Leitung haben und sind überzeugt, daß die segensreichen Folgen einer solchen Umgestaltung sehr bald sich zeigen werden. Ich bitte Sie dringend, nehmen Sie unseren Antrag an. (Auffall links.)

Handelsminister Achenbach: Wenn ich auch den Ausführungen des Referenten entgegnetreten muß, so wird mich doch das nicht hindern, im Falle der Annahme der Resolutionen in eine vorurtheilsfreie und loyale Prüfung der Frage einzutreten. Die Hauptfrage ist, ob wir ein Polytechnikum in Berlin haben wollen oder nicht. Ist man über diese Frage einig, dann regeln sich die anderen Nebenfragen von selbst. Die Frage der einheitlichen Organisation tritt nicht zum ersten Male an das Haus. Als es sich um den Erweiterungsbau der Gewerbeakademie handelte, da wurde diese Frage täglich in der Budgetkommision erörtert und dies hat zur Folge, daß im Plenum die Mittel für diese Sonderanstalt bewilligt wurden. Die Bergakademie, welche ohne Bestimmung des Hauses durch ministerielle Ordre errichtet ist, veranlaßte nach vielfachen Diskussionen im Jahre 1862 eine Resolution, welche eine polytechnische Lehranstalt als wissenschaftswert bezeichnete. Dann wurde eine weitläufige Debatte über diese Materie im Handelsministerium ausgearbeitet und das Resultat derselben war, daß die Summen für die Bergakademie allerdings ohne das Prinzip zum besonderen Ausdruck zu bringen, vom Hause sans phrase bewilligt wurden. Auch im Jahre 1873 und 1874 wurde der Neubau der Bergakademie als Sonderanstalt beschlossen. Als es sich im Jahre 1872 um einen Bauplatz für das landwirtschaftliche Institut und das landwirtschaftliche Museum handelte, wurde gleichfalls der Gedanke angeregt, ob die Anlage einer Sonderanstalt und eines Sondermuseums zu empfehlen, und dennoch schließlich der Bau beschlossen. Im vorigen Jahre wurde noch der Bau eines Gewerbe-Museums und der Gewerbe-Akademie auf dem Platz der Porzellan-Manufaktur als Sonderanstalt genehmigt. Also bei fast allen Instituten sind derartige Erwähnungen nahe getreten und immer vom Hause im Sinne der Sonderanstalten erledigt worden. Sie werden zugestehen, daß es dann für den Chef einer Verwaltung sehr schwer wird, sich auf eine ganz andere Grundlage zu stellen. Ich würde dann sofort geneigt sein, mit dem Bau der Gewerbeakademie und des Gewerbe-Museums einzuhalten. Man hat mir in der Budgetkommision vorgeworfen, daß ich hiermit einen parlamentarischen Kunstrugriff begegne und die Freunde des Gewerbe-Museums gegen die Resolutionen der Kommission einnehme. Ein solcher Gedanke, obwohl er nicht ungedenklich wäre, liegt mir fern. Im Falle der Annahme der Resolution muß notwendig die Errichtung eintreten, ob der Platz der Porzellan-Manufaktur für ein Polytechnikum geeignet sei; wenn es auch manchen Mitgliedern des Hauses nicht angenehm ist, dieses so nahe Ziel wieder entfernt zu sehen. Gegen den Antrag sub 1 habe ich nichts einzurichten, doch ist es fraglich, ob eine solche Erhöhung der Ziele der Bau-Akademie sich verträgt mit der Idee einer polytechnischen Lehranstalt, welche ja in anderen Ländern noch viel umfassendere Ziele verfolgt als gegenwärtig bei uns intendiert wird. Der Referent hat selbst das Beitreten in bautechnischen Kreisen erwähnt, welches auf eine gänzliche Trennung der einzelnen Spezialfächer in der Vorbildung hindeutet, und obwohl wir wohl noch lange gemeinsame wissenschaftliche Kurse für alle Zweige haben werden, so wird man doch der Frage nicht verschließen können, ob es zuträglich ist, diesem Bilde gegenüber noch mehr verschiedene Fächer in einem Polytechnikum zu gemeinsamen Kursen zu verbinden, zumal da ja dieselben Wissenschaften den verschiedenen Berufsorten verschieden doxit werden müssen. Schon augenscheinlich ist der Besuch jeder einzelnen Lehranstalt ein starker und wird bei der Vereinigung der Anstalten einen wahren Preisendurchschnitt erlangen. Sind dann viel gemeinsame Fächer, so wird man mit großen finanziellen Opfern Parallelvorlesungen einrichten müssen. Wo ist aber der Beweis erbracht, daß die getrennten Lehranstalten ungünstig auf die Entwicklung und Ausbildung eingewirkt haben? Der Zweck der Anstalten ist ja ein verschiedener, die Bauakademie bildet besonders Staatsbeamte aus, während die Zuhörer der Gewerbeakademie meistens in die Privatpraxis übergeben. Ich würde es auch für eine Schädigung der deutschen Technik halten, wenn man für den Einstieg in die Gewerbeakademie dieselben Anforderungen stellen wollte, wie für die Bauakademie, obwohl ich eine gute Vorbildung und die allmäßige Erhöhung des Anspruchs nur befürworten kann. Ob es aber untrüglich ist, Personen von so verschiedener Vorbildung in einem Polytechnikum zu vereinen, ist mindestens zweifelhaft. Die ganze Frage des Polytechnikums ist also eine höchst disputation und der Landtag hatte zu seinen Beschlüssen in Bezug auf die Sonderanstalten gute Gründe. In jedem Falle aber werde ich die Beschlüsse des Hauses einer sorgfältigen Erwagung unterziehen.

Abg. Lasker: Ich bin dem Minister sehr dankbar für seine Ausführungen, durch welche er die Schritte des Abgeordnetenhauses rechtfertigte, welche es in Bezug auf das gewerbliche Schulwesen gethan hat, und finde in der That, daß die Schule des Abgeordnetenhauses gar nicht so sehr bedeutend dabei ist. Der Fehler liegt eigentlich darin, daß wir über unsere höchsten wissenschaftlichen Anstalten bei Gelegenheit von Forderungen für Bauten derselben abzuhandeln haben. (Sehr richtig!) Der Handelsminister ist bei der angeregten Debatte nur in dem technischen Theile beteiligt, der zweite am meisten zu betonende Theil ist zu wenig berücksichtigt worden, das ist die Frage der Hochschulen für die Ausbildung unserer technisch besitzhaften Personen in den höchsten Fächern. Wenn man sich unter dem Polytechnikum nichts als eine Vereinigung der verschiedenartigen Schulen denkt, so ist uns damit freilich gar nicht geholfen. Die Hauptfrage für uns ist: wollen wir, daß man in dem Berufe, zu dem man in diesen Schulen vorbereitet wird, geradeaus auf das Ziel des Handwerkers losgeht, oder wollen wir auch hier die höchste, wissenschaftliche Bildung der Nation den jungen Leuten zugänglich machen. Wir beantworten diese Frage entschieden in dem letzteren Sinne und daher tritt für mich die Gegenfrage durchaus in den Hintergrund. Es ist ja eine bekannte, wissenschaftliche Regel, daß für einen schlechten Zweck ausgegebene, wenn auch noch so sparsam verwandtes Geld mehr verschwendet ist, als viel größere Summen, die für nützliche Zwecke verausgabt werden. Wir

wollen vor allen Dingen verhindern, daß uns die Baumeister die Lösung dieser so hoch bedeutsamen Frage nicht vorwegnehmen. indem sie die Bauten an verschiedenen Stellen beginnen und so ein Definitivum schaffen, dem wir uns dann aus Sparmaßnahmen rücksicht zu führen haben. — In dem Antrag möchte ich die Worte „in der nächsten Session“ gestrichen haben. Wir haben leider die Aussicht, noch mindestens drei Monate hier zusammen zu sein. (Oho! lebhafte Widerprüfung.) Ja, m. H. zum Theil durch die Schuld der Regierung, indem sie uns alle diese Vorlagen gemacht hat, zum Theil auch sehr durch unsere eigene Schuld. Denken Sie nur an die Verhandlungen unserer Staatsberatungen. Wie die Sache heute steht, werde ich jedem sehr dankbar sein, der mir die Garantie gibt, daß ich am 17. Juni ohne Urlaub werde entlassen werden können. Wenn wir also mindestens drei Monate noch vor uns haben, so heißt das wirklich, die sprichwörtliche Langsamkeit in der Beurteilung unseres Staates geradezu aufzunehmen, wenn wir der Regierung lügen. Sie soll in der nächsten Session erst den Plan vorlegen. Zwischen jetzt und drei Monaten ist Gelegenheit genug vorhanden, einen Plan auszuarbeiten, so daß wir noch in diesem Jahre darüber entscheiden können.

Abg. Dr. Wirsbo: Ich habe zu der Budgetkommision gehört, welche im Jahre 1862 über den Gegenstand zuerst verhandelt hat. Als damals die Regierung die Bergakademie in ziemlich eigenmächtiger Weise ins Leben gerufen hatte, wurde auf den Antrag der Kommission eine Resolution beschlossen, in der der Wunsch nach einer grossen einheitlichen polytechnischen Schule ausgesprochen wurde. An diesem Beschlusse hat das Haus bis 1866 festgehalten, und wenn er heute wieder aufgenommen wird, so trete ich ihm gern bei, möchte aber dabei vorweg darauf aufmerksam machen, daß wir dann einerseits nicht feilchen und marken dürfen, aber uns andererseits darüber verständigen müssen, ob wir — wenn wir einmal vor einem so einschneidenden Schritte stehen — nicht allein die Bergakademie, sondern auch das landwirtschaftliche Institut der Anstalt einzubeleben haben. Der in Bezug der Bergakademie seitens der Budgetkommision gestellte Antrag ist indessen so gefaßt, daß danach der Minister schreiber ermächtigt wird, mit dem Bau derselben fortzufahren. Hier wäre mir eine andere Fassung erwünscht, denn sachlich stimme ich mit den Vorrednern darin überein, daß die heutige Organisation der genannten Institute ihren Zwecken nicht entspricht und die Ausbildung besonders der Architekten darunter leidet. Es ist bekannt, daß diese Verhältnisse einen vorragenden Wasserbau-Techniker behindern haben, eine Lehrerstelle an der Bauakademie anzunehmen.

Handelsminister Dr. Achenbach: Ich will diese Bemerkung nur dahin berichtigten, daß dieser Mann keine Lehrerstelle an der Bauakademie, sondern eine Anstellung als vorragender Rat im Handelsministerium gewünscht hat, welche ihm zur Zeit nicht gegeben werden konnte.

Finanzminister Camphausen: Die Praxis des englischen Unterhauses legt großen Werth auf Präzedenzfälle. Ich würde, daß auch dieses Haus das Gleiche thun möchte. In diesem Sinne möchte ich mich gegen den Antrag der Budgetkommision insofern verwahren, als darin die Absetzung eines Etatspostens in der Weise erfolgt, daß die Mittel dafür einer andern Ausgabe zu Gute kommen sollen, während der Finanzminister gewarnt wird, eine einzige Mark dafür auszugeben. Sachlich habe ich gegen den Antrag nichts einzubringen.

Nach nochmaliger Befürwortung der Resolutionen durch den Referenten Abgeordneten Wehrmann werden dieselben unter entsprechender Abänderung der Etatsmittel und unter Streichung der Vorlage „in der nächsten Session“ in dem Antrag 2 sub c angekommen.

Herauf vertagt sich das Haus um 4 Uhr, um in einer Abschlussitzung um 7½ Uhr die Etatserörterung zu Ende zu führen.

Parlamentarische Nachrichten.

* In der XI. Kommission für die General-Synodal-Ordnung ist von den Abgeordneten Birchow und Kloß-Berlin folgender sehr bedeutungsvoller Antrag eingebrochen worden:

1) Scheidet eine erhebliche Anzahl der Glieder einer Kirchengemeinde aus der evangelischen Landeskirche aus, und vereinigt sich zu einer Religionsgemeinschaft, ohne den Bekenntnistand zu ändern, so wird die Benutzung des kirchlichen Vermögens im Verwaltungswege nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen geordnet. 2) Der ausgeschiedenen Religionsgemeinschaft wird der Missgebrauch der Kirche und des Kirchhofes eingeräumt. Sind mehrere Kirchen vorhanden, so kann eine Gebrauchsbesitzung nach bestimmten Objekten verfügt werden. Die nämliche Gebrauchsbesitzung findet bezüglich der kirchlichen Gerätschaften statt. Bildet die ausgeschiedene Religionsgemeinschaft die Mehrheit der Gemeindemitglieder, so steht derselben der Missgebrauch der Kirche in den zur Abhaltung des Hauptgottesdienstes herkömmlich bestimmten Stunden, bei mehreren Kirchen der Gebrauch der Hauptkirche zu. 3) Scheidet der Geistliche mit der Mehrheit der Gemeinde aus der evangelischen Landeskirche aus, so bleibt derselbe im Besitz des mit der Pfarrstelle verbundenen Gehalts und der sonstigen Einkünfte und Bezüge der Stelle. Bei Erledigung der Stelle verbleibt dieselbe der ausgeschiedenen Religionsgemeinschaft. 4) An dem übrigen in kirchlichen Zweuden bestimmten Vermögen wird der ausgeschiedenen Religionsgemeinschaft, mit Rücksicht auf das Zahlensverhältnis beider Theile, der Nutzen eingeräumt. 5) Die Mitglieder der ausgeschiedenen Religionsgemeinschaft bleiben verpflichtet, zu der Unterhaltung der Kirche, des Kirchhofs und der sonstigen Vermögensstücke beizutragen, deren Benutzung ihnen nach den vorstehenden Bestimmungen zusteht. 6) Über die Art und den Umfang der der ausgeschiedenen Religionsgemeinschaft einzuräumenden Rechte entscheidet der Oberpräsident. Gegen die Entscheidung derselben findet Berufung an den Minister der geistlichen Angelegenheiten statt. Die Entscheidungen sind im Verwaltungswege vollstreckbar.

Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 17. März.

— Zur Feier des Geburtstages des Kaisers wird der „Naturtag“ aufgelegt in diesem Jahr nicht wie sonst üblich eine Soirée mit Theatervorstellung, sondern eine Ballfeierlichkeit im königlichen Palais stattfinden. Die königlichen Gäste, welche zur Feier des Geburtstages hier anwesend sein werden, werden von gut ab hier erwartet und sind die Appartements zu ihrer Aufnahme im königlichen Schloss schon hergerichtet. Heute Abend werden zunächst der Erbprinz und die Erbprinzessin von Hohenzollern erwartet, welche mit dem Neun-Uhr-Courierzug der Anhalter Bahn eintreffen. Am Sonntag Abend treffen der Großherzog und die Großherzogin von Sachsen, der Erbgrößherzog und die Prinzessin Elisabeth von Sachsen ein, am Montag der Prinz und die Prinzessin Georg von Sachsen und die Großherzogin Mutter von Mecklenburg und am Dienstag der Großherzog von Mecklenburg. Ebenso werden die königlich sächsischen Herrschaften noch erwartet.

— Die internationale Ausstellung von Werken und Ergänissen der Kunst, Industrie und Wissenschaft aus dem Gebiet der Jugendpflege und Volksbildung, welche während der Sommermonate hier abgehalten werden soll, nimmt, wie wir hören, einen äußerst glänzenden Verlauf. Die Anmeldungen aus allen Theilen Deutschlands, Dresdens und der Schweiz sind so zahlreich eingelaufen und neigen sich täglich in so starkem Maße, daß der ursprüngliche Plan bedeutend hat erweitert werden müssen. In Folge dieser unerwartet großen Beteiligung hat die Direktion jede einzelne Unterabteilung der Gruppen Fachmännern und auf dem betreffenden Gebiete hervorragenden Personen zur besonderen Leitung und Organisation übergeben. Während von Anfang an der Bau von Hallen nicht in Aussicht genommen war, hat sich die Direktion den zahlreichen

bezüglichen Gesuchen gegenüber selbst zum Bau solcher entschlossen. Dieselben bestehen in geschmackvoll dekorierten Glassalons und offenen Hallen verschiedenster Baustils, deren Abrisse uns vorliegen und einen äußerst gesättigten Anblick gewähren. Durch den Bau dieser Hallen wird die im Reglement angeführte Verpflichtung aufgehoben, wonach jeder Aussteller angewiesen war, sich seine eigene Halle zu bauen oder sich in ein Wirtschaftshaus mit verschiedenen Baumeistern einzulassen. Um allen Bewerbern noch die Gelegenheit zu bieten, sich an der Ausstellung zu beteiligen, hat die Direktion der Anmeldertermini bis zum 30. d. M. verlängert. Die Preise für die Ausstellungssätze betragen a) in den offenen Hallen: pro Quadratmeter 3 Mk. 50 Pf. pro Quadratmeter 25 Pf. b) in den Glassalons: pro Quadratmeter 4 Mk. pro Quadratmeter 30 Pf. Sämtliche Preise verstecken sich inklusive aller Ausstellungskosten und Vertretungsexpenses Frachten und Feuerversicherung, und zwar sowohl für Anmeldungen auf dem Fußboden stehender Gegenstände, wie für Tische oder Wandstühlen. Anmeldungen darauf nimmt, wie bisher, späterstens bis zum 30. d. M. die Administration der „Deutschen Nachrichten“ SW. Zimmerstraße 23 entgegen und sind dafür die beigefügten Drucksachen wie der Situationsplan des Ausstellungsbüros gegen Zahlung von 1 Mark zu beziehen. Über die weitere Entwicklung des Unternehmens, welches auch von Seiten der staatlichen und städtischen Behörden Unterstützung findet, werden wir demnächst mehr berichten.

Potsdam, 15. März. In Folge der neuen Provinzialordnung wird am 1. Juli c. die erste Abteilung der Regierung, 2. Abteilung zu Potsdam aufgelöst und die vierte Abteilung als Provinzialstelle eröffnet und direkt nach Berlin verlegt werden. Die 2. und 3. Abteilung verbleiben in Potsdam und bilden eine kollegiale.

Darmstadt, 13. März. Auf dem Standesamt in Darmstadt sind bis jetzt 44 Trauungen, 30 vom Civil- und 14 vom Militäramt vollzogen worden. Von den Bürgern haben sich 17 Paare, also über die Hälfte, mit der bürgerlichen Trauung begnügt; bei den Militärs personen ist, wie wir dem „D. Tagbl.“ entnehmen, dem Wundärzt Sr. Majestät des Kaisers entsprechend, das Begehr katholischer Ehesegnung der gesuchten Eheheilung befohlen — eine Auslegung des kaiserlichen Wunsches, die freilich ungerechtfertigt ist, die aber vorauszusehen war.

Wien, 13. März. Die Unverschämtheit der schwarzen Cohort in Tirol gegen Kaiser und Kabinet ist nach der Theorie des „Vaterland“ eine Nothwehr. Und, fährt das ultramontane Blatt fort, „ist es nicht natürlich, daß es die Tiroler kränkt und empört, zu sehen, wie man mit ihrem kath. Glauben, mit ihrem Landesrecht versucht, wie man die Patres Jesuiten von Brixen, trotz ihrer Mühsungen, die an sie gestellten Anforderungen zu erfüllen, trotz der bürgerlichen Bitdeputationen der Stadt und der Eltern der Kinder trotz des großen geistigen und materiellen Schadens, den Brixen erleidet, unarmherzig aus dem Lande treibt, während man die Berufung von protestantischen Pastoren aus Neu-Nippur in Preußen für die Errichtung beständlichen evangelischen Gemeinden im katholischen Tirol anstandslos geschehen läßt und zusieht, wie fremde protestantische Arhitekten mit Eifer und Hast sich breit machen, die Bäume für die nötigen Gebäude gratis zu entwerfen und rasch auszuführen!“ Da wird nicht nach Nationalität und Staatsbürgerschaft gefragt — sind ja keine katholischen Missionssprecher, sondern lieber Apstel der Borussifizierung Österreichs.“

Lokales und Provinzielles.

Posen, 18. März.

r. Dem vaterländischen Frauenverein sind für die Ueberschwemmungen 12767 Mk. an Beiträgen zugegangen; davon 1500 Mk. von der Kaiserin, 1500 Mk. vom vaterländischen Frauenverein in Berlin; ebenso haben die vaterländischen Frauenvereine in Graudenz, Orotzsch, Garnitz, Bonn &c. nicht unerhebliche Beiträge dem hiesigen Frauenverein überwiesen; auch sind in Schwetzen, Wilkovo, Budomie von den dortigen Bürgermeistern Sammlungen veranstaltet und in Gesamthöhe von ca. 500 Mk. dem Vereine überwiesen worden; auch aus anderen Städten der Provinz sind von Privaten Beiträge eingegangen. Von hiesigen Einwohnern sind Beiträge von 100 bis zu 300 Mk. beigebracht worden. Die Theatervorstellung, welche vom 15. März im Interimstheater veranstaltet wurde, hat einen Reinertrag von 1750 Mk. ergeben; ferner sind dem Verein überwiesen worden: die halbe Netto-Einnahme des am 9. März d. J. im Lambert'schen Gaule veranstalteten Konzerts mit 400 Mk.; der Ertrag des Konzerts des Volksniedertafel am 5. März mit 44 Mk., ebenso der Ertrag eines Konzerts im Bismarck-Tunnel mit 50 Mk., die Sammlung während des Maskenballs des Vereins für Geselligkeit am 4. März mit 150 Mk., ebenso das Ergebnis einer Sammlung in der Gesellschaft Thalia des Vereins 47.289½ Portion Suppe und Brod und 436 Br. Koblenz sowie für 87 Mk. Holz verausgabt; am 15. d. M. wurden 3233 Portionen Suppe und Brod vertheilt.

— Ein Geschenk an den Abgeordneten v. Gerlach. Der „Kurier“ heißt mit, daß ein polnisches Fräulein aus der Umgebung von Jarotschin dem Abgeordneten v. Gerlach, dem Vertheidiger der polnischen Rechte, ein paar eigenhändig gearbeitete Pantoffeln zum Geschenk machen will. Der „Kurier“ erklärt diesen „schönen Beweis“ der Dankbarkeit für sehr angemessen und nachdrückungswürdig.“

r. Der St. Vinzenz-Damenverein hatte während des Jahres 1875 eine Einnahme von 8729 Mk., wovon Bestand vom Vorjahr 6.31 Mk. Beiträge von den Barmherzigen Schwestern 1254,50 Mk. Zinsen von Legaten 270, Gaben für die Armen 1085 50 Mk., Ertrag von einer Lotterie 2c. 1861 Mk., Ertrag einer Dilettanten-Vorstellung 1819 15 Mk., Ertrag der Vorlesungen 421 25 Mk., Einnahmen im St. Vinzenz-Garten 392,80 Mk. Die Ausgaben betrugen im Ganzen 10217,30 Mk., so daß sic ein Deficit von 1448 Mk. ergeben hat. Wurden veranschlagt 1440 Mk. für die Unterhaltung von 8 Barthaushalten Schwestern, 2887 50 Mk., an das St. Josephsfest, 2232,50 Mk. zur Unterhaltung von Kranken, 2772,50 Mk. an das Spital im St. Josephsfest, 2181,80 Mk. für Lebensmittel an die Armen in der Stadt, 450 Mk. baar an die Armen 2c. — Seit Neujahr hat der Verein bereits wieder 4260 25 Mk. Einkünfte gehabt, davon 1537 Mk. als Ertrag einer Lotterie, 476 Mk. von einem Balle, 1159,50 Mk. als Ertrag eines Dilettanten-Konzerts 1867,75 Mk. von einer Dilettanten-Vorstellung. Der gegenwärtige Bestand beträgt danach 2772 Mk.

Strzelkowo, 15. März. [Jahrmärkt. Stroh- und Heupreise. Eingeschlagene Kühe.] Auf Grund des Jahrmärktsabend soll am 4. d. M. in den beiden Nachbarstädten Wreschen (Neigrz. Posen) und Mieltzsch (Neigrz. Bromberg) Jahrmärkte abgehalten werden. Es läge sehr im Interesse der Verkäufer, wenn einer von den Jahrmärkten verlegt werden möchte, da die genannten Städte nur ungefähr 14 Kil. von einander entfernt liegen. Da alle Jahrmärkte begonnen und anhaltend strengen Winterschäden verbraucht ist, so sind die Stroh- und Heupreise im Vergleich zum vergangenen Jahre um das Doppelte und darüber gestiegen. Der Berliner Heupreis in Polen 7-8 polnische Gulden und darüber ein Schaf Stroh muß man gegenwärtig 16 bis 17 Rubel zahlen. Ende vorheriger Woche wurden durch einen Grenz-Ausfeher auf dem Westen zwischen hier und Kornai in der Abendstunde 3 Kühe eingefangen. Da aller Wahrscheinlichkeit nach das Vieh aus Russland stammte, und die Einführung des Rindvieches der dort herrschenden Rinderpest wegen verboten ist, ließ der Eigentümer des Viehs bei Anblick des Beamten dasselbe in Stücke und suchte schamlos das Weite. Die Kühe wurden dann von dem Grenzbeamten aufgegriffen, dem Polizeidirektor, und von diesem, nach Beurteilung des Kreisbeamten, über deren Gesundheitszust

Staats- und Volkswirtschaft.

**** Märkisch-Pössener Eisenbahn.** Heute versammelt sich der Ausschuss der Märkisch-Pössener Eisenbahn in Frankfurt a. d. O. einer Sitzung, um den Rechnungsbeschluß pr. 1875 entgegenzunehmen. Derselbe wird die Verteilung einer Dividende von ppr. 3½ Prozent gestalten; auf welchen Coupon dieser Betrag gezahlt wird, ist Zeit noch ungewiß, da die Anträge über diesen Punkt innerhalb der Verwaltung sehr auseinanderziehen.

Vermischtes.

*** Berlin.** 16. März. Zur Affaire des in der Irrenanstalt des bissigen Arbeitshauses verstorbenen Hauptmanns a. D. Wied sind jetzt dem Tgl. Mittheilungen angegangen, welche in diese geheimnisvolle Angelegenheit aufklärendes Licht bringen. W., der sich mit einer jungen Dame, die er erfuhr, in England verheirathet hatte, war in den ersten Tagen des Januar nach Berlin gekommen, um hier einen Prozeß zu betreiben, den er beim Stadtgericht gegen den Vorsitzenden seiner noch minderjährigen Frau wegen Ausfolgung ihres nicht unbekannter Erbtheils anhängig gemacht hatte. Da seine Klage der gesetzlichen Grundlage entbehrt, so mußte sie abgewiesen werden, und hierüber war W. dermaßen in Wuth gerathen, daß er den bestellenden Richter mit einer Fluth der kräftigsten Schimpfworte überhäufte und sogar thätlich anzugreifen versuchte, so daß eine gewaltsame Entfernung des Toberen bewillt werden mußte. Dieser Erfolg wurde zur Kenntniß der Staatsanwaltschaft gebracht, welche, wegen einer mannelnder Ortsanghörigkeit des W., der bekanntlich seinen Wohnsitz in der Schweiz hat, dessen Verhaftung verfügte. Die Kriminalpolizei, welche mit der Ausführung derselben betraut wurde, vollzog dieselbe am 9. Januar. Die Beamten hatten hierbei keine leichte Arbeit, denn W., der im Hotel Westend in der Leipzigerstraße logierte, setzte unter Verwünschungen gegen Alles, was zum Stadtkreis gehört, einer Verhaftung den lebhaftesten Widerstand entgegen und ließ sich erst dann abführen, nachdem ihm vorgeredet worden war, daß wegen seiner Angelegenheit der größte Theil der Stadtgerichts-Räthe sich in Haft befinden und er in Bezug auf seinen Prozeß nur noch einmal genau vernommen werden solle. In der Expedition der Stadtvoigtei, wohin W. zunächst verbracht wurde, ging er auf den dienstabenden Aufseher mit den Worten zu: „Ihr Diener, Herr Staatsanwaltshof Tiefendorf, entlastet Sie, daß ich so lange auf mich habe warten lassen.“ Im Gefangenlager artete der offenbar unzurechnungsfähige Zustand W.'s im Löblich aus, so daß ihn der Anstaltsarzt Sanitätsrat Dr. Arndt als völlig geisteskrank erklärte, worauf von der Sanitätsabteilung des Polizeipräsidiums am 10. Januar die Überführung des Patienten nach der Irrenanstalt des Arbeitshauses erfolgte und durch zwei Schuhleute ausgeführt wurde. Kurz zuvor ereignete sich dem „Tgl.“ folgender Vorfall: „Es mag ungefähr einige Tage vor Weihnachten gewesen sein, als in dem Sommerfeld'schen Tapissiergeschäft in der Leipzigerstraße eine dort engagierte Dame dem Chef die Angeize mache, daß auf der Treppe eine Rolle steige, die wohl dort verloren sein müsse, wenn sie nicht vonemandem im Schere dorthin gelegt worden sei. Der Haushalter wurde beauftragt, jene Rolle heraußzusuchen, welche bei näherer Besichtigung einen Band Alten enthielt, deren Inhalt gar seltsame Dinge zu Tage förderte. Es waren in diesen Papieren die Beweise dafür enthalten, daß von gewisser Seite gegen den Einwohner aus Erbhaftenstrücksichten verschiedene Mordversuche ausgeführt worden seien, man hatte ihm Gif in einem Blase beibringen wollen und Verschiedenes mehr. Einige Tage nach jenem Funde enthielten verschiedene Zeitungen eine Annonce eines gewissen Hauptmann Wied, in welcher er jene Alten als sein Eigen- und dem Finder verloren eine hohe Belohnung vertrug, da jene Papiere für ihn von grösster Wichtigkeit. Als der Haushalter mit dem Finder bei dem Hauptmann Wied erschien, war er höchst freut, wieder in den Besitz der Papiere zu gelangen; er wußte, wie er meinte, im Bruch gewesen, die selben dem Polizeipräsidium auszuhändigen, er habe sich nur noch ein Attest zum Beweise seiner Aufrichtigkeit beschaffen wollen, und bei dieser Gelegenheit sei die Auflösung der Qualen bereitete, ihren Tod jedoch nicht heraufzuführen vermochte. Um ihren schrecklichen Schmerzen ein Ende machen, habe er sich nach hartem Seelenkampfe endlich entschlossen, der Armstift eine zweite Dosis zu reichen, die jedoch ebenfalls die gehoffte Wirkung verfehlte und das Leiden nur noch erhöht hätte. Der entzückende Jammer seiner von ihm über Alles gesetzten Frau habe ihn schließlich zu ihrer verzweifelten That getrieben; auch einen Revolverschuß endete er ihre Qualen und wollte mit einem Schuß seinem eigenen Leben ein Ziel setzen (wie dies auch geschehen). Unter der Versicherung, daß kein anderes Motiv vorgelegen hätte, bittet er in dem zu Briefe seinen Vorgesetzten um ein ehrenhaftes Begräbnis für sich und seine Frau, mit welcher er auch im Grabe vereint sein möchte. Einen zweiten Brief hat v. S. an seinen noch lebenden Vater gerichtet.“

*** Von der Berliner Studentenschaft** ist noch nachträglich am 12. d. M. Herrn Professor Doeve die Prachtadresse mit Massenunterzeichnungen, in vollendet künstlicher Ausstattung, hervorgegangen aus dem Institute des Hoffkalligraphen Schule, durch eine Deputation überreicht worden. Die Ver�altung hat ihren Grund darin, daß in Folge einer Erklärung des Artes des greisen Jubilarb die schon im Goldenen Gang befürchteten Vorbereitungen für den beabsichtigten Fackellauf und Kommers eingestellt werden mußten, und man so erst in nächster Stunde zur Beschlusssitzung über eine weniger geräuschvolle und aufregende Ovation gelangen konnte. Die Adresse hat den folgenden Wortlaut: „Hochverehrter Herr Professor! Die Studentenschaft der Friedrich-Wilhelms-Universität steht in Erfurth, um ihm der treuen Lehrer zu seinem 50jährigen Doctorjubiläum aus vollem Herzen Glück zu wünschen. Wenn Wünsche im Stande wären, gäben, und wie bisher aus dem reichen Quell Ihres Wissens zu schöpfen. Allein es soll nicht sein! Und so rufen wir denn unserm geliebten Lehrer, dem bewährten Freund und Führer, dem unermüdlichen Forscher im Gebiete der Natur bei seinem Scheiden aus unserer Müh ein kräftiges, tiefsichtiges Vale! zu. Mögen Sie dieses Blatt als einen aeringen Ausdruck unserer Liebe und Verherung, als ein schwaches Zeichen aufrichtigen Dankes, als eine dauernde Erinnerung Ihrer feurigen Thätigkeit hinnehmen. Die Studirenden der Friedrich-Wilhelms-Universität.“

*** Straßburg.** 14. März. Über den bereits mehrfach erwähnten Eisenbahn-Unfall bei Lutterbach bringt die „Straßb. Blg.“ folgendes Nähere: Etwa halbwegs zwischen Lutterbach und Dornach überschreitet die Bahn mittels einer gewölbten Brücke von drei Deffertungen a 9 Meter Lichtheit die Doller, einen Nebenfluß der Ill. Erstere war zwar in Folge des vorgestrigen Unwetters stark angewichselt, jedoch nicht in der Weise, daß das Durchflussprofil der Brücke nicht ausgereicht, oder ein merkbarer Rückstand an der Brücke stattgefunden hätte. Noch um 5 Uhr Morgens passirte der von Dornach abgelassene Güterzug besagte Brücke, ohne daß irgend welche Veränderungen an selbem oder dem Fahrgeleise und Bahnhörper bemerkbar oder ersichtlich waren. Zehn Minuten später gelangte der von Mühlhausen um 5 Uhr 1 Minute abgegangene Personenzug 3 zur Brücke, welche ihre un-

veränderliche Form, auch nach Ausscheiden des Gleisbetriebes bis dahin vollständig beibehalten hatte, so daß dem Lokomotivführer und dem Bahnbewachungspersonal irgend welche Bedenken betrifft Passirbarkeit derselben nicht bestanden. In dem Moment, als der Zug sowohl die Brücke passirte, daß die Lokomotive sich über dem letzten Gewölbe befand, erfolgte der Einsturz des ersten Gewölbes und hierauf unmittelbar derjenige des zweiten. Die über beiden Gewölben befindlichen Fahrzeuge, und zwar der Tender, der Gepäckwagen und ein Personenwagen dritter Klasse stürzten mit den G. w. b. t. r. m. in den Flug, dagegen blieben die Lokomotive auf dem linken Ufer und der übrige aus 4 Personenwagen bestehende Zugteil auf der rechten Uferseite unversehrt auf dem Gleise stehen. Der Lokomotivführer und Heizer kamen unverletzt davon, während, soweit ermittelt, von den im Gepäckwagen und dem darauf folgenden Personenwagen befindlichen Personen 1 Passagier und der Zugführerin nicht unerheblich, der letztere durch Bruch, der lehrte durch Bruch des Schlüsseltheiles, zwei andere Passatoren und zwei Beamte leicht beschädigt wurden. Als Ursache des Unfalls muß die Unterpulierung des südlichen Sitzspielers durch den massiven Wasserandrang gelten, ein Unstoff, der bei der seit langen Jahren im Betriebe befindlichen Brücke als vollständig unvorherzusehen zu erachten ist. Für den Personenverkehr ist von der Eisenbahnverwaltung unverzüglich eine Verbindung zwischen Mühlhausen resp. Dornach mit Lutterbach durch Landstrecke hergestellt, während von morgen ab die Vermittlung des Personenverkehrs durch die auf beiden Seiten bereitstehenden Rüge vermitteilt einer Fußgängerbrücke herbeigeführt sein wird. Die Eisenbahnverwaltung hofft die Unfallstrecke in 5 Tagen durch Errichtung einer provisorischen Holzbrücke dem regelrechten Personen- und Güterverkehr wieder übergeben zu können.

*** Über eine Säbelaffaire** wird der „Frankf. Blg.“ aus München vom 13. d. M. geschrieben: Ein Sergeant und drei Soldaten kamen in der vergangenen Nacht zwischen 11 und 12 Uhr in das Gasthaus zur Taube an der Theresienstraße und verlangten Bier; nachdem ihnen bedient wurde, woselbst sie zu Ende, und zu dieser späteren Stunde wurde frisches Bier nicht mehr angezapft, zogen die Soldaten vom Tisch und wollten unter fortgesetzten Drohungen das Frischanzapfen von Bier erzwingen. Der Wirth und einige verspätet Anwesende mahlten sie zur Ruhe und verwiesen ihnen ihr tumultuarisches Benehmen; als Antwort ließ der Sergeant mit dem Prtagen den Wirth in den Hals, daß er getroffen sofort entseilt zu Boden stürzte; die Soldaten spalteten einem dem Wirth beispringenden Meierburschen den Schädel und verwundeten einen Dritten lebensgefährlich, so daß man an dem Auskommen der Beiden zweifelt.

Berantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wasner in Posen.
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Telegraphische Nachrichten.

Wien, 17. März. Wie von bestunterrichteter Seite mitgetheilt wird, entbehren die Blättermeldungen von einer Koalition Serbiens mit Montenegro, Rumänien oder Griechenland zu einem Angriffs-kriege wider die Türkei aller thatsächlichen Begründung.

Paris, 16. März. Der Wasserstand der Seine übersteigt denjenigen des Jahres 1872 um 60 Centimeter, man hofft indeß jetzt, daß der Klimaxpunkt erreicht ist. Die von der Seine in Paris und flussaufwärts angerichteten Verheerungen sind außerordentlich groß.

Rom, 16. März. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer legte zunächst der Minister des Auswärtigen den Handelsvertrag mit Paraguay vor, hierauf gab der Ministerpräsident und Finanzminister Menghetti folgendes finanzielles Exposé:

Es schloß das Finanzverwaltungsjahr 1875 mit einer Differenz von nur 28 Millionen zwischen Kassen Eingängen und geleisteten Zahlungen, anstatt des Betrags von 77 Millionen, den man hierfür in Ausicht genommen hatte und obwohl die Kammer nach erfolgter Genehmigung des Budgets noch weitere 15 Millionen mehr zum Bau von Eisenbahnen und 6 Millionen Renten an Stelle römischer Obligationen billigt hatte. Der Minister wies demnächst nach, auf welche Weise man wegen jener 28 Millionen vorgesorgt habe und knüpfte an eine Übersicht der Einnahmen und Ausgaben von 1875, woraus sich ergebe, daß der Ertrag aller Abgaben in steitem Wasserschlag sei und daß auch Ersparnisse im Betrag von 20 Millionen hätten gemacht werden können. Die finanzielle Lage habe sich in Folge dieser Umstände den Voranschlägen gegenüber um 50 Mill. verbessert und zwar durch 30 Mill. Mehreinnahmen gegenüber dem Voranschlag und durch die gemachten Ersparnisse im Betrag von 20 Mill. Der Minister ging demnächst auf das definitive Budget von 1876 über, erörterte, ob außer dem in das Budget eingesetzten Ausgaben, unter denen sich die Zinsen für das Eisenbahnbauprogramm befinden, noch andere Ausgaben notwendig werden könnten und kam zu dem Schluß, daß das Budget von 1876 den Ausgaben gegenüber eine Mehreinnahme von 10 Millionen ergeben werde. Auch bei der Staatsdienstverwaltung werde der Dienst im Jahre 1876 geführt werden können, ohne daß man von der Kammer weitere Maßregeln zu beantragen nötig habe. Hierauf legte der Finanzminister das Budget von 1877 vor, das in Einnahme 1305 in Ausgabe 1290 Mill. aufw. ist, mithin einen Aktivüberschub von 15 Mill. ergibt. Der Minister hob dabei hervor, daß darin inbegrieffen 15 Mill. für den Bau von Eisenbahnen, durch welche die Überschüsse sich noch erhöhen würden. Die Eventualität, daß die außerordentlichen Einnahmen in Zukunft etwa sich mindern und daß neue Ausgaben notwendig werden könnten, werde durch die naturgemäße Zunahme des Abgabenertrages paralyse, eine Zunahme, von welcher die Erfahrung der letzten drei Jahre lehrt, daß sie bedeutend und pro-ressiv steigend sei. Endlich müsse man auch das mutmaßliche finanzielle Ergebnis der neuen Handels-Verträge in Betracht ziehen, die voraussichtlich nicht nur dem Staats Schatz von Nutzen sein, sondern auch den wirtschaftlichen Interessen des Landes Vortheil bringen würden. Nachdem der Minister noch hervorhoben hatte, daß das Verdienst, die künftigen finanziellen Verhältnisse gesichert und befestigt zu haben, eben sowohl der günstigen Stimmung und Lage des italienischen Volks, wie den beständigen Bemühungen des Parlaments gezielt, kam der selbe endlich auf den Anlauf der italienischen Bahnen, welche über die beständlichen Verhandlungen das Erforderliche mit und bestätigte, daß die Belastung des Schatzes wegen des Anlaufs der römischen Bahnen 5½ Millionen betrage, während durch den Anlauf der Südbahn der Staatszschatz gar nicht belastet werde. Der Minister berechnete, daß die Belastung für die oberitalienischen Bahnen im Ganzen auf 6 Millionen sich belaufen werde, daß man aber große Vortheile durch eine Abänderung des Tarifs und durch die Entwicklung des Handelsverkehrs werde herbeiführen können. Die Exploitation der Eisenbahnen sei seiner Ansicht nach der Regierung zu überlassen, mit welchen könne auch ohne irgend welche Störung für die bestehenden Eisenbahnverwaltungen und ohne Präjudiz für die Zukunft begonnen werden, wenn die Regierung sich verpflichte, innerhalb einer Frist von zwei Jahren eine Vorlage bezüglich der definitiven Organisation vorzulegen, wobei das finanzielle Ergebnis ins Budget aufgenommen werde.

London, 16. März. In der heutigen Sitzung des Unterhauses wurde nach einer lebhaften sechsstündigen Debatte über den Gesetzentwurf, welcher die Königin ermächtigt, den Titel „Kaiserin von Indien“ den übrigen königlichen Titeln hinzuzufügen, mit 305 gegen 200 Stimmen beschlossen, zur Spezialberatung der einzelnen Paragraphen des Gesetzentwurfs überzugehen. Somit war das von Washington im Namen der liberalen Partei gestellte Amendment, welches sich gegen den Titel „Kaiserin von Indien“ erklärte, verworfen.

Havanna, 15. März. Das Freibeuter-schiff „Octavia“ ist in den Gewässern der Antillen von spanischen Kriegsschiffen genommen worden.

Telegraphische Börsenberichte.

Bonds-Course.

Frankfurt a. M. 17. März. Nachmitt. 2 Uhr 30 Min. Franzosen fest. Kreditaktien und Lombarden matt. Schützurkriege vorüber Wechsel 205, 67. Wiener Wechsel 81, 32. Wiener Wechsel 175, 75. Böh. Wechsel 160½ Elisabethbahn 139½. Galizier 170½ (Franzosen*) 247. Lombarden 89½. Nordwestbahn 120½. Silberrente 62%. Papierrente 59½. Russ. Bodenkr. 86½. Russen 1872 99%. ausschl. der 1885 101½. 1860er Rose 110%. 1864er Rose 283, 60. Kreditaktien* 145%. Defekt. Nationalbank 790, 50. Österreich. Bank 110%. Berlin. Brandenburg 79½. Frankfurter Reichsbahn 78%. Österreich. deutsche 8. 90%. Mainzer Bank 78%. Hess. Ludwigsbahn 99%. Oberhessen 73. Ungarische Staatsloose 161, 60. Ungar. Schatzanweis. alt 93 do. do. neue 91½. do. Ott. Ost. II. 64%. Bentz. Pacific 92. Reichsbahn 159. Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 146, Franzosen 247½, Lombarden 90%.

* per medio resp. per ultimo.

Frankfurt a. M. 17. März. Abends. [Gesamtwerth. 85, erät.] Kreditaktien 146½, Franzosen 246½. Lombarden 90½, Galizier —, Elisabethbahn —, Reichsbahn —, 1860er Rose —, Rudolfsbahn —, Spanier —, Ungar. Rose —, do. Schwablands —, Defekt. deutsche Bank —, Silberrente —, Fest, aber full.

Wien, 17. März. Anfangs fest; die Bilanz der Unionbank fand günstige Aufnahme. Zum Schluß schwächer. Bahnen matt, Devisen angeboten.

[Schwabcourse.] Kreditrente 67, 40. Silberrente 71, 50 1864er Rose 105, 50 Nationalbank 898, 00. Nordbahn 1800 Kreditaktien 165, 80. Fran. neu 280, 50 Galizier 193, 25 Nordwestbahn 137, 50. do. Lit. 8. 49 50 London 115, 65 Paris 45, 75 Frankfurt 56, 35. Böh. Weinhagen —, Kreditlose 164, 00. 1860er Rose 111, 30. Lomb. Eisenbahn 104, 00. 1864er Rose 132, 00. Unionbank 65, 75. Anglo-Austr. 74, 80. Austro-Ungarische —, Napoleon 9, 24. Dänen 5 42½. Silberkrone 103, 90 Elisabethbahn 159, 00. Ungarische Krönemünze 74, 30. Deutsche Reichs-Banknoten 56, 80. Türkische Rose 21, 25. — Abends. Abendbörse. Kreditaktien 166, 70, Franzosen 280, 50, Galizier 193, 00, Anglo-Austr. 75, 20. Unionbank 66, 00 Lombarden 105, 00. Papierrente —, Silberrente —, Napoleon 9, 25. Fest, aber full.

Paris, 17. März. Nachm. 3 Uhr Niedrig wenig Geschäft. Schluß fest. Schützurkriege Rose. Renten 66, 20. Anleihe 20 104, 30. Itali. Renten 70, 75. Italienische Lokalbalkanien —. Italienische Tabakobligationen —, Guayave 613, 75. Lombard. et Lombard. Alten 230, 00. Lombard. Privatbank 240, 00. Schlesien 1865 17, 35. Türken 1869 102, 00. Türken 47, 75. Kredit mobilier 195, Spanier alter 17%, so inter 16%, Veruaner —, Societe generale 533, Egypt 316, Suealand-Alten 745, Banque ottomane 427. — Wechsel auf London 25, 22.

London, 17. März. Nachmitt. 4 Uhr Konsolex 94½. Italien. Renten 70%. Lombarden 9½. 3 proz. Lombarden Prioritäten alte 9½. 3 proz. Lombarden Prioritäten neue 9%. 5 proz. Italien. Renten 1871 97½. 5 proz. Italien 1872 99%. Silber 54%. Türk. Anleihe do 1865 17½. 5 proz. Türk. do 1869 20. —, do. Beringen. Silberrente 62. —, Defekt. Reichs-Banknote 58½. 6 prozentige ungarnische Grosbonds II. Emision 89½. Spanier 17%. 5 proz. Veruaner 28½. — Wechselnotrungen: Berlin 20, 68. Hamburg 3 Monat 20, 68. Frankfurt a. M. 20, 68. Wien 11, 82. Paris 25, 45. Petersburg 30%.

New-York, 16. März. Abends 6 Uhr [Schlußbericht]. Höhere Notierung des Gold 100 14½, niedrigste 14%. Wechsel axi. do. in Gold 4 D. 86½ C. Goldbahn 14½. ½ Bonds do 1865 118½ neu 8 proz. Renten 118%. ½ Bonds do 1872 121%. Eric-Bug. 20%. Central-Pacific 108½ New-York Centralbahn 114. Baumwolle New-York 12½ Baumwolle in New-Orleans 12%. Mehl 5 D. 10. Raff. Raffinerie 1 D. 38 C. Mais (old mix) 68 C. Buder (Acier restreng) 116 C. Raff. (Riv.) 16% Spec (short clear) 12%. Schmalz (Marke Wilcor) 14 C. Getreide 100 7½.

Produkten-Course.

Hamburg, 17. März. Nachm. Weizen loko höher, auf Termine ruhig. Roggen loko höher u. auf Termine ruhig. — Weizen do. 204 Br. 203 Od. pr. Mai-Juni do. 1000 Ries 208 Br. 207 Od. do. do. do. do. pr. März 146 Br. 145 Od. pr. Mai-Juni pr. 1000 Ries 149 Br. 148 Od. Hafer höher. Getreide full. Rübs. do. höh. geb. loc. 62, pr. Mai 59½, pr. Ott. pr. 200 Br. 62½. Svitrus fest. pr. März 34½, pr. April Mai 34%, pr. Juni-Juli 35%, pr. Juli-August pr. 100 Ries 100 p. 36½. Kaffee ruh. Unicat 2500 Sac. Petroleum behauptet, Standard white loko 12, 20 Br. 12, 10 Od. pr. März 12, 00 Br. pr. August-Dez. 12, 40 Br. — Wetter: Schneefälle.

Paris, 17. März. Konsolidatgs. (Produktenmarkt.) (Anfangsbericht.) Wetter: behauptet, pr. März 27, 50, pr. April 27, 75 pr. Mai-Juni 28, 25, pr. Mai-August 28, 75. Kaff. weich, pr. März 59, 75, pr. April 60, 55, pr. Mai-Juni 61, 00, pr. Mai-August 62, 00. Rübs. weichend, pr. März —, pr. April —, pr. Mai-August —, pr. Juni-September —, —, Svitrus fest pr. März 46, 75, pr. Mai-August 48, 25. — Wetter: veränderlich.

Bremen, 16. März. Getreideart. (Schlußbericht) Getreide white loco loco, und pr. März

